

Berufsordnung der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz

Auf Grund §§ 3, 14, 20 bis 23 des Landesgesetzes über die Kammern für die Heilberufe, „Heilberufsgesetzes (HeilBG)“ Rheinland-Pfalz vom 20. Oktober 1978 (GVBl. S. 649, 1979 S. 22), BS 2122-1 i.d.F. der Änderung durch das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit -LKindSchG- vom 07.März 2008 (GVBl. S. 52), hat die Vertreterversammlung der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz die am 18. Oktober 2003 beschlossene Berufsordnung am 29.11.2008 geändert. Die Änderung wurde durch das Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 16.01.2009, Az.: 624-1 – 01 723-7.5, genehmigt.

Präambel

- (1) Diese Berufsordnung stellt die Überzeugung der Kammermitglieder zu ihrem berufswürdigen Verhalten gegenüber den Patienten, den Kollegen, den andern Partnern im Gesundheitswesen und der Öffentlichkeit dar.
Die Festlegung von berufsethischen Grundsätzen und Berufspflichten dient dem Ziel, den Beruf gewissenhaft, sorgsam und verantwortungsvoll auszuüben, das Vertrauen zwischen Patientinnen und Patienten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu wahren und zu stärken und sich der Freiheit und des Ansehens des Psychotherapeutenberufes würdig zu zeigen. Damit verpflichten sich die Kammermitglieder zum Erhalt der Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit in ihrer Anwendung und Weiterentwicklung und stellen die Ausübung des Berufes in den Dienst der psychischen, psychosomatischen und psychosozialen Gesundheit der Bevölkerung.
- (2) Sie regelt die Berufsausübung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Rheinland-Pfalz. Soweit ihre Bestimmungen für alle Angehörigen dieser Berufe gelten, wird die einheitliche Bezeichnung „Psychotherapeutin“ und „Psychotherapeut“ verwendet.
- (3) Sie gilt für alle Mitglieder der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz. Sie gilt auch für Berufsangehörige, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum sind und im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ihren Beruf gelegentlich oder vorübergehend ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben. Sie sind von der Mitgliedschaft befreit, solange sie in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Erster Teil

Grundsätze der Berufsausübung, Berufsbezeichnung

§ 1

Berufsaufgaben

- (1) Aufgabe von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist es, Psychotherapie im Sinne des Psychotherapeutengesetzes auszuüben.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben psychische Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen und psychisches Leiden zu lindern bzw. ihre Patientinnen und Patienten dazu zu befähigen. Zu diesem Zweck wenden sie unter Berücksichtigung des aktuellen wissenschaftlichen Standards psychotherapeutische Methoden an. Ihre Aufgabe umfasst die Diagnostik und Indikationsstellung, die Entscheidung für das angemessene Therapieangebot und die Durchführung der Therapie sowie rehabilitativer und präventiver Maßnahmen.

§ 2

Verantwortung

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten üben ihren Beruf in eigener Verantwortung, frei und selbstbestimmt aus, soweit Gesetz und Berufsordnung sie nicht ausdrücklich verpflichten oder einschränken.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können diagnostische Teilaufgaben sowie behandlungsergänzende Maßnahmen an Dritte delegieren, sofern diese über eine dafür geeignete Qualifikation verfügen und die Patienten wirksam eingewilligt haben. Die Gesamtverantwortung für die delegierten Maßnahmen verbleibt bei dem delegierenden Psychotherapeuten.

§ 3

Kompetenz

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben dafür zu sorgen, dass ihre Berufsarbeit die erforderliche Qualität aufweist. Sie sind verpflichtet, geeignete Maßnahmen zur Überprüfung und Erhaltung ihrer beruflichen Kompetenzen zu treffen.

§ 4

Berufsbezeichnung

- (1) Zulässige Berufsbezeichnungen sind nach § 1 Absatz 1 PsychThG
 - „Psychologische Psychotherapeutin“ oder „Psychologischer Psychotherapeut“
 - „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“
 - „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“
- (2) Als zusätzliche Bezeichnung kann der Berufsbezeichnung das Psychotherapieverfahren beigefügt werden, das Gegenstand der vertieften Ausbildung und der Prüfung nach der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder gemäß § 12 PsychThG zur Approbation führte.
- (3) Kammermitglieder, die eine Weiterbildung nach der Weiterbildungsordnung erfolgreich abgeschlossen haben, können die damit verbundene Zusatzbezeichnung führen, um so auf ihre erworbenen besonderen Kenntnisse hinzuweisen.

- (4) Qualifikationen und Tätigkeitsschwerpunkte dürfen angegeben werden, sofern dies in angemessener Form erfolgt und nicht irreführend ist. Die Voraussetzungen für derartige Angaben sind gegenüber der Kammer auf Verlangen nachzuweisen. Die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunkts setzt eine nachhaltige Tätigkeit in diesem Bereich voraus und muss mit dem Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ erfolgen.

Zweiter Teil Regeln für die Berufsausübung

§ 5 Allgemeine Pflichten

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Sie sind bei der Ausübung ihres Berufes ihrem Gewissen, den Geboten der psychotherapeutischen Ethik und der Menschlichkeit verpflichtet.
- (2) Sie haben die Würde, die Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten zu wahren. Insbesondere haben sie darauf zu achten, dass sie diese nicht durch die vielfältigen Einflussmöglichkeiten, die ihnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu Gebote stehen, verletzen.
- (3) Sie haben ihr diagnostisches und psychotherapeutisches Wissen überlegt einzusetzen, insbesondere mögliche Folgen für die Patientinnen und Patienten und andere zu bedenken und Schaden zu vermeiden. Sie haben darauf zu achten, dass sie bei ihrer beruflichen Tätigkeit ihre fachlichen Fähigkeiten und ihr Leistungsvermögen nicht überschätzen. Psychotherapeuten dürfen weder das Vertrauen, die Unwissenheit, die Leichtgläubigkeit oder die Hilflosigkeit von Patientinnen und Patienten ausnutzen noch unangemessene Versprechungen oder Entmutigungen in Bezug auf den Heilungserfolg machen.
- (4) Sie dürfen nur Grundsätze anerkennen und Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit ihrer Aufgabe vereinbar sind, deren Befolgung sie verantworten können und die dieser Berufsordnung nicht widersprechen, und sind verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung jeweils geltenden Vorschriften zu unterrichten.
- (5) Psychotherapeuten erbringen psychotherapeutische Behandlungen im persönlichen Kontakt. Sie dürfen diese über elektronische Kommunikationsmedien nur unter Beachtung besonderer Sorgfaltspflichten durchführen.
- (6) Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich im Falle von Großschadensereignissen oder Katastrophen an einer psychosozialen Notfallversorgung der Bevölkerung in berufsangemessener Form zu beteiligen.
- (7) Sie sind verpflichtet, sich hinreichend gegen Haftpflichtansprüche aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit zu versichern.
- (8) Sie sind verpflichtet, auf Anfragen der Psychotherapeutenkammer, welche diese im Rahmen der Berufsaufsicht an sie richtet, in angemessener Frist zu antworten. Die Auskunftspflicht entfällt nur dann, wenn die Kammerangehörigen sich bei Erteilung der Auskunft einer straf- oder berufsrechtlichen Verfolgung aussetzen würden.

§ 6 Sorgfaltspflicht

- (1) Vor Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung hat in der Regel eine diagnostische Abklärung unter Einbeziehung anamnestischer Erhebungen zu erfolgen. Dabei sind erforderlichenfalls Befundberichte Dritter zu berücksichtigen. Indikationsstellung und Erstellung eines Gesamtbehandlungsplans haben unter Berücksichtigung der mit den Patienten erarbeiteten Behandlungsziele zu erfolgen.

- (2) Bei Stagnation des Behandlungsprozesses, bei Wechsel oder Verschlechterung der Symptomatik sollen die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach Sachlage kollegiale Beratung, Intervention oder Supervision, bei Bedarf auch berufsübergreifend, in Anspruch nehmen.
- (3) Erkennen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, dass ihre Behandlung zu keiner weiteren Linderung, Besserung oder Genesung führt, sind sie gehalten, die Behandlung zu beenden. Besteht weiterhin Behandlungsbedarf, haben sie ihre Patientinnen und Patienten angemessen zu beraten.
- (4) Lässt sich das für eine psychotherapeutische Behandlung notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Patientin oder Patient und Psychotherapeutin oder Psychotherapeut nicht aufbauen, sollte die Psychotherapeutin und der Psychotherapeut die Behandlung nicht fortführen. Geht das Vertrauensverhältnis im Laufe einer Behandlung verloren, sollten sie die Behandlung beenden, insbesondere einen bestehenden Behandlungsvertrag auflösen.

§ 7

Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, über Psychodiagnostik, Beratung und Psychotherapieverlauf aussagefähige und zeitnahe Aufzeichnungen zu erstellen. Die Dokumentation heilkundlicher Tätigkeit muss mindestens Datum, anamnestische Daten, Diagnosen, Fallkonzeptionalisierungen, psychotherapeutische Maßnahmen sowie gegebenenfalls Ergebnisse psychometrischer Erhebungen enthalten.
- (2) Die psychotherapeutischen Aufzeichnungen nach Absatz 1 sind mindestens zehn Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit sich nicht aus anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsdauer ergibt.
- (3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben dafür Sorge zu tragen, dass bei Praxisübergabe und im Falle eigenen Unvermögens (Krankheit, Tod) ihre Patientenunterlagen in gehörige Obhut gegeben und nach Ablauf der Aufbewahrungszeit (Absatz 2) unter Beachtung der Grundsätze der Datensicherung vernichtet werden. An eine Praxiserwerberin oder einen Praxiserwerber dürfen die Aufzeichnungen nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Patientin oder des Patienten übergeben werden. Ist eine gehörige Obhut nicht gegeben, sind die Patientenunterlagen von der Kammer aufzubewahren.

§ 8

Schweigepflicht

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben über das, was ihnen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit anvertraut oder bekannt geworden ist – auch über den Tod der Patientinnen und Patienten hinaus – zu schweigen. Der Schweigepflicht unterliegen auch mündliche oder schriftliche Mitteilungen von Dritten. Eine Verletzung der Schweigepflicht stellt neben einer Berufspflichtverletzung auch einen Straftatbestand gemäß § 203 Strafgesetzbuch dar.
- (2) Sie sind zur Offenbarung nur befugt, soweit sie entweder von der Schweigepflicht entbunden worden sind oder soweit es zum Schutz eines höherwertigen Rechtsguts im konkreten Fall erforderlich ist. Auch in diesen Fällen haben sie, soweit sie zur Offenbarung nicht gesetzlich verpflichtet sind, über die Weitergabe von Informationen unter Berücksichtigung der Folgen für die Patientinnen und Patienten und die Therapie gewissenhaft zu entscheiden. Gesetzliche Aussage- und Anzeigepflichten bleiben davon unberührt.
- (3) Die Patientin oder der Patient ist in jedem Fall darüber zu unterrichten, wenn ein Dritter Informationen über eine Patientin oder einen Patienten wünscht oder ein Fall vorliegt, in dem die Schweigepflicht aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift eingeschränkt ist.
- (4) In der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie ist die Pflicht der Verschwiegenheit auch gegenüber den Sorgeberechtigten der Patientin oder des Patienten zu wahren, es sei denn, dass psychotherapeutische Erfordernisse eine Abweichung unabdingbar notwendig machen.

- (5) Droht eine Selbst- oder Fremdgefährdung durch eine Patientin oder einen Patienten, hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut unter Abwägung zwischen Schweigepflicht und Fürsorgepflicht die erforderlichen Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr zu treffen.
- (6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben auch dafür zu sorgen, dass im Fall eigenen Unvermögens (Krankheit, Tod) die Schweigepflicht gewahrt bleibt.
- (7) Sie haben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf an der psychotherapeutischen Tätigkeit teilnehmen, über die gesetzliche Pflicht zur Verschwiegenheit zu belehren und dies schriftlich festzuhalten.
- (8) Im Rahmen kollegialer Beratung, Intervision, Supervision oder zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dürfen Informationen über Patientinnen und Patienten und Dritte nur in anonymisierter Form verwendet werden, soweit nicht eine ausdrückliche Entbindung von der Schweigepflicht vorliegt.

§ 9 Datenschutz

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben für ihre Aufzeichnungen, besonders auch auf elektronischen Datenträgern und anderen Speichermedien, unter Beachtung der Grundsätze der Datensicherung die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Veränderung, Vernichtung oder unrechtmäßige Verwendung der Daten zu verhindern und die Einhaltung der Schweigepflicht zu gewährleisten.

§ 10 Einsicht der Patientinnen und Patienten in Aufzeichnungen, Auskünfte an Patientinnen und Patienten

- (1) Patientinnen und Patienten ist, auch nach Abschluss der Therapie, auf deren Verlangen grundsätzlich Einsicht in die sie betreffenden Aufzeichnungen, die nach § 7 Abs. 1 zu erstellen sind, zu gewähren. Ausgenommen sind diejenigen Teile, welche subjektive Eindrücke und Wahrnehmungen der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten oder Dritter enthalten.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können die Einsicht verweigern, soweit die Patientin oder der Patient durch die Einsichtnahme gesundheitlich erheblich gefährdet würde.
- (3) Sie haben die Verweigerung der Einsichtnahme der Patientin oder dem Patienten oder einer Person deren Vertrauens angemessen zu erläutern.

§ 11 Aufklärungspflicht

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen grundsätzlich den Patientinnen oder Patienten in einer sorgfältig auf deren Befindlichkeit und Aufnahmefähigkeit abgestimmten Form Befund, Diagnose, Therapieplan und mögliche Behandlungsrisiken mitteilen. Sie sind verpflichtet, diese Informationen gegebenenfalls begleitend zum Behandlungsprozess zu geben.
- (2) Die Aufklärungspflicht beinhaltet auch den Hinweis auf Behandlungsalternativen sowie auf weitere Hilfsangebote, sofern es solche gibt.
- (3) Die Aufklärungspflicht umfasst auch die Klärung der Rahmenbedingungen der psychotherapeutischen Behandlung, insbesondere Honorarregelungen, Sitzungsdauer und -frequenz und die voraussichtliche Dauer der Behandlung.
- (4) In Institutionen arbeitende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihre Patientinnen und Patienten angemessen über besondere institutionelle Rahmenbedingungen und Zuständigkeitsbereiche der an ihrer Behandlung beteiligten Personen zu informieren.

§ 12 Abstinenz

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihre Beziehungen zu ihren Patientinnen und Patienten berufsbezogen zu gestalten und die besondere Verantwortung und ihren besonderen Einfluss gegenüber ihren Patientinnen und Patienten jederzeit angemessen zu berücksichtigen.
- (2) Sie dürfen die Vertrauensbeziehung zu Patientinnen und Patienten nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder Interessen ausnutzen oder versuchen, aus den Kontakten persönliche oder wirtschaftliche Vorteile zu ziehen.
- (3) Sie sollen außertherapeutische Kontakte zu Patientinnen und Patienten gering halten und so gestalten, dass sie die therapeutische Beziehung und die eigene Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen.
- (4) Sexuelle Kontakte zu Patientinnen und Patienten sind unzulässig.
- (5) Die Abstinenz muss auch gegenüber Personen eingehalten werden, die den Patientinnen und Patienten nahe stehen.
- (6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten steht für ihre Arbeit nur das gesetzliche oder vereinbarte Honorar zu. Sie dürfen im Rahmen ihrer psycho-therapeutischen Tätigkeit keine Geschenke annehmen, deren Wert den einer kleinen Aufmerksamkeit übersteigt. Sie dürfen nicht direkt oder indirekt Nutznießer größerer Schenkungen, Erbschaften, Erbverträge oder Vermächnisse von Patientinnen und Patienten oder diesen nahe stehenden Personen werden und haben diese abzulehnen.
- (7) Sie dürfen im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Berufs keine Waren verkaufen oder gewerbliche Dienstleistungen erbringen.
- (8) Das Abstinenzgebot gilt auch für die Zeit nach Beendigung der Psychotherapie, solange noch eine Behandlungsnotwendigkeit, eine Abhängigkeitsbeziehung oder ein Übertragungsgeschehen des Patienten zum Psychotherapeuten gegeben ist, und ist für mindestens ein Jahr einzuhalten. Die Verantwortung für ein berufsethisch einwandfreies Vorgehen trägt allein der behandelnde Psychotherapeut.

§ 13 Umgang mit minderjährigen oder beschränkt einwilligungsfähigen Patientinnen und Patienten

- (1) Bei Minderjährigen sowie bei Personen, die für den Abschluss eines Behandlungsvertrages der Einwilligung einer Betreuerin oder eines Betreuers bedürfen (§ 1903 BGB), hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut unter Berücksichtigung der Einstellungen der Beteiligten zu entscheiden, ob eine psychotherapeutische Behandlung angezeigt ist, wie diese durchgeführt und wann sie beendet werden soll. Bei Konflikten zwischen gesetzlichen Vertretern und Patientin oder Patient ist die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut verpflichtet, auf die Bedürfnisse der Patientin oder des Patienten zu achten.
- (2) Über eine Beteiligung der gesetzlichen Vertreter an dem psychotherapeutischen Prozess (begleitende Psychotherapie) bei in Absatz 1 genannten Patientinnen und Patienten entscheidet grundsätzlich die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut. Dabei ist unter sorgfältiger Berücksichtigung der entwicklungsbedingten Fähigkeiten das Selbstbestimmungsrecht der Patientin oder des Patienten zu wahren.

§ 14 Honorierung

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Anspruch auf eine angemessene Honorierung ihrer Leistungen. Eine darüber hinaus gehende Honorierung dürfen sie weder annehmen noch sich versprechen lassen.
- (2) Honorarfragen sind vor Beginn der Psychotherapie zu klären. Empfohlen wird die Schriftform.

- (3) Das Honorar ist nach der Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (GOP) zu erheben, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.
- (4) In Ausnahmefällen dürfen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten aus sozialen oder ethischen Gründen ganz oder teilweise auf ihr Honorar verzichten.

§ 15

Fortbildung und Qualitätssicherung

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, sind zum Erhalt und zur Weiterentwicklung ihrer fachlichen Befähigung verpflichtet. Hierzu nehmen sie regelmäßig an beruflicher Fortbildung und qualitätssichernden Maßnahmen teil.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen ihre Fortbildung und Maßnahmen zur Qualitätssicherung gegenüber der Kammer in geeigneter Form nachweisen können.
- (3) Näheres regeln die Weiterbildungs- und die Fortbildungsordnung der Kammer.

§ 16

Verhalten gegenüber anderen Kammermitgliedern

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Berufskolleginnen und Berufskollegen mit Respekt zu begegnen, Rücksicht auf deren berechnigte Interessen zu nehmen und bei kritischen Stellungnahmen sachlich zu bleiben.
- (2) In Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen sind sie zur Fairness verpflichtet.
- (3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen einander in kollegialer Weise auf Vorschriften der Berufsordnung aufmerksam machen. Sie verletzen ihre Pflicht zur Kollegialität auch dann nicht, wenn sie die Kammer auf einen möglichen Verstoß einer Kollegin oder eines Kollegen gegen die Berufsordnung hinweisen.

§ 17

Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, mit dem Ziel der bestmöglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten mit den Angehörigen anderer Berufsgruppen der psychosozialen und medizinischen Versorgung kollegial zusammen zu arbeiten.

§ 18

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben ihren Beschäftigten angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten und mit ihnen der jeweiligen Tätigkeit und Leistung entsprechende Verträge abzuschließen.
- (2) Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sind auf ihren späteren Beruf hin angemessen auszubilden.
- (3) Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern sind grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung, bei Ausscheiden unverzüglich, Zeugnisse auszustellen.

Dritter Teil
Ausübung des Berufs in unterschiedlichen Berufsfeldern

§ 19
Niederlassung

- (1) Die Ausübung des Berufes in Niederlassung ist an eine eigene Praxis gebunden, sofern nicht gesetzliche Vorschriften etwas anderes zulassen. Die Durchführung einzelner therapeutischer Schritte kann auch außerhalb der Praxisräumlichkeiten stattfinden.
- (2) Die Errichtung einer Zweigpraxis ist der Kammer anzuzeigen.

§ 20
Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Berufsausübung

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich zur Ausübung ihres Berufes in allen rechtlich möglichen Formen mit anderen Angehörigen ihres Berufsstandes oder Angehörigen anderer Berufsgruppen zusammenschließen, wenn die eigenverantwortliche und selbständige sowie nicht gewerbliche Berufsausübung gewahrt bleibt. Bei allen Formen von Zusammenschlüssen muss die freie Wahl der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten durch die Patientinnen und Patienten gewährleistet bleiben.

§ 21
Anforderungen an die Praxen

Räumlichkeiten und Ausstattung der psychotherapeutischen Praxis müssen den besonderen Anforderungen der psychotherapeutischen Berufsausübung genügen. Die Räumlichkeiten müssen vom privaten Lebensbereich getrennt sein.

§ 22
Bezeichnungen für Praxen

- (1) Die Bezeichnung einer Praxis muss die für eine Inanspruchnahme durch Patientinnen und Patienten zulässigen Informationen enthalten.
- (2) Andere Bezeichnungen als „Praxis“ bedürfen der Genehmigung durch die Kammer, soweit sie gesetzlich nicht vorgesehen sind.

§ 23
Gestaltung von Informationen über Praxen

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen auf ihre berufliche Tätigkeit werbend hinweisen. Die Werbung muss sich in Form, Inhalt und Umfang auf die sachliche Vermittlung des beruflichen Angebots beschränken. Sie darf nicht auf den Abschluss eines Behandlungsvertrages im Einzelfall gerichtet sein.
- (2) Informationen über Praxen im Internet müssen den Vorschriften des Telemediengesetzes (TMG) entsprechen.
- (3) Berufswidrige Werbung, insbesondere anpreisende, vergleichende und irreführende Werbung ist untersagt. Die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut darf eine solche Werbung durch andere weder veranlassen noch dulden. Werbeverbote auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen bleiben unberührt.

§ 24

Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einem privat- oder öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnis dürfen Weisungen von Vorgesetzten, die mit dieser Berufsordnung nicht vereinbar sind oder deren Befolgung sie selbst nicht verantworten können, nicht befolgen. Weisungen für das Vorgehen bei einer psychotherapeutischen Behandlung dürfen sie nur von Vorgesetzten annehmen, die eine Berechtigung zur Ausübung von Psychotherapie haben.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als vorgesetzte Personen dürfen keine Weisungen erteilen, die mit dieser Berufsordnung nicht vereinbar sind.

§ 25

Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis und zugleich in eigener Praxis

Üben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf in einem Beschäftigungsverhältnis und zugleich niedergelassen in eigener Praxis aus, haben sie Interessenkonflikte, die sich hierbei ergeben, so zu lösen, wie es dem Wohl der Patientinnen und Patienten entspricht.

§ 26

Öffentliches Auftreten von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei ihrem öffentlichen Auftreten alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Berufsstandes schadet.
- (2) Sie haben darauf zu achten, dass ihr fachliches Auftreten in der Öffentlichkeit nicht mit der Ausübung von Psychotherapie gleichgesetzt werden kann. Fachliche Äußerungen müssen sachlich informierend und wissenschaftlich fundiert sein. Sowohl irreführende Heilungsversprechen als auch unlautere Vergleiche mit anderen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und deren Verfahren sind untersagt.

§ 27

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in lehrender, ausbildender, supervidierender und lehrtherapeutischer Tätigkeit

- (1) In der Ausbildung tätige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Integrität von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu achten und dürfen keine Abhängigkeiten zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Interessen ausnutzen oder Vorteile daraus ziehen.
- (2) Sie haben die berufsethischen Standards zu lehren und in ihrem eigenen Handeln vorbildlich zu vertreten.
- (3) Sie dürfen keine Prüfungen bei Ausbildungsteilnehmerinnen und Ausbildungsteilnehmern abnehmen, die bei ihnen in Selbsterfahrung oder Lehrtherapie sind oder waren.
- (4) Die Ausbildungsbedingungen müssen transparent und vertraglich festgelegt sein.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für die Tätigkeit von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Fort- und Weiterbildung und der Supervision entsprechend.

§ 28

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Gutachterinnen und Gutachter

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen als Gutachterinnen und Gutachter nur soweit tätig werden, wie ihre Fachkenntnis und ihre berufliche Erfahrung ausreichen, um die zu untersuchende Frage richtig beantworten zu können. Sind sie wiederholt als Gutachterin oder als Gutachter tätig, so sind sie zu einer entsprechenden Qualitätssicherung ihrer Arbeit und zur fortlaufenden Überprüfung der für ihre Gutachten maßgeblichen Kriterien verpflichtet.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Gutachterinnen und Gutachter haben bezüglich

der Fragestellung den Wünschen ihrer Auftraggeberinnen und Auftraggeber zu folgen. Sie haben die Fragen nach ihrer eigenen fachlichen Erkenntnis zu beantworten und dabei beruflich korrekte und im Spannungsfeld der Interessen ausgewogene Bewertungen vorzunehmen und deren Kriterien offen zu legen. Ihr Gutachten darf keine Gefälligkeitsaussagen enthalten.

- (3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben vor Übernahme eines Gutachtauftrags ihre Rolle von einer psychotherapeutischen Tätigkeit im engeren Sinne klar abzugrenzen und den Beteiligten ihre Funktion im Verfahren, notfalls wiederholt, zu verdeutlichen.
- (4) Ein Auftrag zur Begutachtung eigener Patientinnen und Patienten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist grundsätzlich abzulehnen. Eine gutachterliche Stellungnahme der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten als sachverständige Zeugin oder sachverständiger Zeuge ist nur dann möglich, wenn die Patientin oder der Patient auf die Risiken einer möglichen Aussage der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten in geeigneter Weise hingewiesen wurde und die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten diesbezüglich von der Schweigepflicht entbunden hat.
- (5) Gutachten, zu deren Ausstellung die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verpflichtet sind oder die auszustellen sie übernommen haben, sind innerhalb einer angemessenen Frist zu erstatten.

§ 29

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung

- (1) Planung und Durchführung von Psychotherapiestudien haben die international anerkannten bioethischen Prinzipien einzuhalten:
 - a. Autonomie der Patientinnen und Patienten respektieren,
 - b. Schaden vermeiden,
 - c. Nutzen vermehren und
 - d. für Gerechtigkeit sorgen.
- (2) Patientinnen und Patienten sind vor der Teilnahme an Psychotherapiestudien sorgfältig über deren Inhalte, Rahmenbedingungen und mögliche Belastungen sowie Risiken aufzuklären. Diese Information und die Zustimmung zur Studienteilnahme müssen vor Studienbeginn schriftlich niedergelegt sein.
- (3) Bei der Durchführung von Psychotherapiestudien ist vorrangig das Wohl beteiligter Patientinnen und Patienten zu beachten.

Vierter Teil Schlussvorschriften

§ 30 In-Kraft-Treten

Diese Berufsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die am 29.11.2008 beschlossene Änderung der Berufsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Mainz, den 29. Januar 2009

Alfred Kappauf, Präsident